

INTERGLOBAL

GLOBALE ERNÄHRUNG

Der Preis des Kunstdüngers

Tomasz Konicz

Die Blockade der Straße von Hormuz, steigende Düngerpreise und der Klimawandel drohen, eine weltweite Nahrungskrise auszulösen. Die spät kapitalistische Landwirtschaft hängt existenziell von fossilen Energieträgern ab und produziert nicht nur Nahrung, sondern zugleich die Bedingungen ihrer eigenen Destabilisierung.

Es scheint auf den ersten Blick absurd, aber die Insassen des spät kapitalistischen Weltsystems ernähren sich gewissermaßen von fossilen Brennstoffen. Ohne den künstlichen Dünger, der spätestens seit der sogenannten Grünen Revolution in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine zentrale Stellung in der Agrarindustrie einnimmt, würden die seit damals stark gestiegenen globalen Ernteerträge wieder einbrechen. Mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung könnten ohne Kunstdünger nicht ernährt werden, sind sich die meisten Wissenschaftler einig.

Drei Komponenten sind bei Mineraldünger unentbehrlich: Stickstoff, Phosphor und Kalium. Stickstoffdünger basiert auf Ammoniak, der mittels des energieintensiven Haber-Bosch-Verfahrens aus Erdgas gewonnen wird, was für über zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich ist. Schwefel, der zur Verarbeitung von Phosphatgestein notwendig ist und von dem die Phosphatdüngerproduktion abhängt, ist ein Nebenprodukt der Öl- und Gasförderung. Die Produktion von Mineraldünger ist somit an die Förderung fossiler Energieträger gekoppelt. Energie ist vielerorts indirekt für rund die Hälfte der Produktionskosten von Lebensmitteln der hochautomatisierten Agrarindustrie verantwortlich. Deswegen lassen die steigenden Ölpreise auch die Produktions- und Distributionskosten von Nahrungsmitteln anwachsen – etwa durch teureren Diesel.

Die Golfstaaten, die nun unter der Blockade der Straße von Hormuz leiden, haben es im Rahmen ihrer Diversifizierungsstrategie vermocht, binnen der vergangenen Dekaden zu einem wichtigen Produktionsstandort für Kunstdünger und dessen Vorprodukte sowie zu einem zentralen Umschlagplatz für die essenziellen Güter der Agrarindustrie aufzusteigen. Bei dieser sogenannten vertikalen Integration sind die Rohstoffförderländer bemüht, einen möglichst großen Teil der industriellen Produktionskette zu dominie-

ren. Mit Erfolg: Rund 43 Prozent eines der verbreitetsten Stickstoffdünger, Urea, werden durch die Straße von Hormuz exportiert. Die Golfstaaten waren zudem für rund 45 Prozent der globalen Schwefelexporte verantwortlich. Rund 30 Prozent der Ammoniakherstellung findet in der Region statt, vor allem in Saudi-Arabien und Oman. Insgesamt produziert die nun blockierte Region etwa ein Fünftel allen weltweit eingesetzten Düngers.

Der britischen Zeitung „Financial Times“ zufolge entfaltet sich deshalb eine globale Lebensmittelkrise, die kaum mehr gemildert werden kann – selbst wenn die Straße von Hormuz unverzüglich geöffnet würde. Zum einen sind die Produktionskapazitäten in den konkurrierenden Standorten der Düngemittelindustrie – zum Beispiel in Russland und Belarus – nicht groß genug, um diese enormen Ausfälle zu kompensieren. Der Aufbau neuer Produktionsstandorte würde Jahre dauern. Die Annäherung zwischen den USA und Belarus im März, die mit Gefangenenerlassungen und einem US-Sanktionsabbau einherging, zielte gerade auf die Produktions- und Exportförderung belarussischen Düngers, um diese Versorgungskrise zu lindern.

Der entscheidende Krisenfaktor ist jedoch die simple Tatsache, dass es sich beim Lebensmittelanbau um einen saisonalen Wirtschaftszweig handelt. Die Zeit der Aussaat und des entsprechenden Düngemiteleinsatzes ist in vielen Weltregionen bereits erreicht oder überschritten. Und in vielen verarmten Regionen in der Peripherie oder Semiperipherie des Weltsystems sind die Agrarproduzenten schlicht nicht in der Lage, den Preisanstieg bei Düngemitteln zu verkraften. Diese lagen Mitte April um 20 Prozent, bei Urea sogar um 49 Prozent höher als unmittelbar vor der Sperrung der Straße von Hormuz. Das bedeutet, dass weniger Dünger zum Einsatz kommen wird, was zwangsläufig Ernteerträge einbrechen lassen wird. Je ärmer die Region, desto größer die Ernteeinbußen.

Besonders betroffen ist das sogenannte subsaharische Afrika, das den größten Teil des Kontinents ausmacht. Dort können arme Landwirte ohnehin kaum genügend Düngemittel erwerben, um ihre Erträge zu erhöhen. Preissteigerungen führen hier nahezu automatisch zu reduziertem Verbrauch und damit zu fallenden Erträgen. Regional ist die Abhängigkeit

der ostafrikanischen Staaten Kenia, Somalia und Tansania von den überseeischen Düngemittellieferungen aus der Golfregion besonders hoch, bei denen die Transportkosten um bis zu 300 Prozent gestiegen sind.

Mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung könnten ohne Kunstdünger nicht ernährt werden, sind sich die meisten Wissenschaftler einig.

Der verwüstete Sudan hingegen bildet den Mittelpunkt der kommenden Hungerkrise, allerdings wegen des Bürgerkriegs: Rund 21 Millionen Menschen sind dort von akuter Nahrungsmittelunsicherheit bedroht, rund 375.000 Bewohner sind am Verhungern. Nach Einschätzung der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen könnte die Zahl der extrem Armen, die unter akutem Hunger leiden, aufgrund des Iran-Kriegs und der Blockade der Straße von Hormuz in diesem Jahr um 45 Millionen auf den Rekordwert von 363 Millionen steigen. Von einer Verschlechterung der Ernährungslage, wie etwa der Zunahme von Mangelernährung, dürften Millionen Menschen betroffen sein.

In der Semiperipherie des kapitalistischen Weltsystems leiden vor allem Indien und Brasilien unter der kriegsbedingten Kappung der Düngemittellieferungen: Mehr als die Hälfte des von Indien importierten Düngers wurde bislang durch die Straße von Hormuz befördert, bei Brasilien – einem der global wichtigsten Agrarproduzenten – waren es vor Kriegsausbruch 45 Prozent. Australien importierte sogar 70 Prozent seiner Düngemittel aus der Golfregion. In Indien, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, ist die Lage besonders dramatisch: Die heimische Düngemittelproduktion ist weitgehend auf Erdgas angewiesen, das derzeit in den fragilen Flüssiggastankern, bei denen Angriffe oder Seeminen gigantische Explosionen zur Folge hätten, nicht durch die Straße von Hormuz befördert werden kann. Der indische Premierminister Narendra Modi hat seine Landsleute Anfang Mai dazu aufgerufen, den Verzehr von Speiseöl, den Verbrauch von fossilen Energieträgern sowie die Verwendung von Düngemit-

teln zu reduzieren. Ähnliche Abhängigkeiten vom Golf-Gas bestehen auch bei der Düngerproduktion in Pakistan oder Bangladesch.

In den Zentren des Weltsystems scheint die Lage auf den ersten Blick weniger dramatisch: Sollte sich die Blockade bis in den Sommer hinziehen, dann droht in den USA nach Schätzungen der Financial Times die Inflation bei den Nahrungsmittelpreisen von rund vier Prozent, die bereits einkalkuliert ist, in den „zweistelligen Bereich“ zu steigen. Ähnliches dürfte sich in der EU abspielen. Die für die Welternährung essenzielle US-Agrarbranche, deren Beschäftigte, sofern sie US-Amerikaner sind, zur Kernwählerschaft Donald Trumps zählen, leidet ohnehin unter den Zoll- und Handelskriegen ihres Präsidenten und nun auch noch unter den Preissteigerungen für Energieträger und Dünger im Gefolge des Irankriegs. Ersteres allein führte 2025 zu einem Anstieg der Pleiten von Landwirtschaftsbetrieben um 46 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die USA waren 2024 vor Brasilien der größte Exporteur von Agrargütern, sie sind führend im Anbau von Mais und Soja.

Zu diesen geopolitischen Krisenfolgen kommt noch die vom Kapitalismus verursachte Klimakrise hinzu, die zwar inzwischen weitgehend ignoriert wird, was aber nichts daran ändert, dass deren Folgen die ökologischen Grundlagen des Zivilisationsprozesses immer stärker untergraben. Reihenweise werden historische Werte für Höchsttemperaturen oder die Dauer von Dürreperioden gebrochen, wie zuletzt im März in den USA, ohne dass dies überhaupt noch groß öffentlich zur Kenntnis genommen würde. Der fetischistische Verwertungszwang des Kapitals, der das ewige Geschrei nach Wachstum und Arbeitsplätzen nach sich zieht, hat sich längst gegen die realen physikalischen Sachzwänge der Klimakrise in der öffentlichen Meinung durchgesetzt – von Trump bis zur deutschen Linkspartei.

Die Preissteigerungen bei Lebensmitteln in den vergangenen Jahren sind bereits ursächlich durch immer häufigere und länger anhaltende Wetterextreme wie Dürre und Starkregen befeuert worden, die charakteristisch für die manifeste Klimakrise sind: Betroffen sind Kakao in Afrika und Südamerika, Olivenöl in Europa, Gemüse im Westen der USA, Reis in Japan, Zwiebeln und Kartoffeln in Indien – die klimatischen Extremereignisse

Künstlich bewässern, bis auch das Grundwasser fehlt: Wie hier in Florida herrscht auch in anderen US-Bundesstaaten derzeit eine historisch beispiellose Frühjahrsdürre, die rund 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der USA erfasst hat.

häufen sich in der vergangenen halben Dekade.

Die Vereinigten Staaten befinden sich derzeit in einer historisch beispiellosen Frühjahrsdürre, die rund 60 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche erfasst hat. Besonders hart trifft es den Südosten der USA, vor allem Alabama, Georgia und Florida, wo Farmer aufgrund der hohen Kosten für Diesel und Dünger mitunter die Aussaat einstellen, wie auch den Mittleren Westen, dessen Weizenanbaufläche dem US-Landwirtschaftsministerium zufolge in diesem Jahr auf den niedrigsten Wert seit 1919 schrumpfen dürfte, mit entsprechend geringerer Ernte. In Kansas und Oklahoma befinden sich demnach mehr als 40 Prozent der Weizenanbaufläche in „schlechtem oder sehr schlechtem Zustand“.

In der EU sieht es, nach Jahren der langanhaltenden Dürren, nicht viel besser aus: Knapp die Hälfte der Anbauflächen ist von Trockenheit bedroht, weitere 17 Prozent befinden sich sogar in akuter Dürre. Nahezu alle Mitgliedstaaten der EU, wie auch der Südosten Großbritanniens, sind mehr oder minder stark betroffen. Nach einem historischen Regenmangel im März und April zeichnet sich Polen als ein Dürrezentrum ab, wo Ernteerträge aufgrund niedriger Bodenfeuchte stark einbrechen dürften. Ähnliches gilt für Ostdeutschland, Südosteuropa, Spanien und Frankreich. Faktisch befindet sich Europa in einer anhaltenden Phase der Austrocknung – die Klimakrise ist Realität.

In vielen verarmten Regionen des Weltsystems sind die Agrarproduzenten schlicht nicht in der Lage, den Preisanstieg bei Düngemitteln zu verkraften.

Im April warnte die UN-Welternährungsorganisation FAO, dass sich rasch häufende Perioden „extremer Hitze“ das globale Ernährungssystem akut an den Rand des Zusammenbruchs trieben. Dabei zeichnen sich kurz- und mittelfristig weitere klimatische Schocks ab. Das diesjährige El-Niño-Ereignis könnte wissenschaftlichen Prognosen zufolge besonders intensiv ausfallen. Hierbei erwärmen sich die Wassermassen im östlichen Pazifik überdurchschnittlich stark, was zu Dürren bei

den westlichen Pazifik-Anrainern, in Südafrika oder im Amazonasgebiet, im westlichen Lateinamerika hingegen zu Überschwemmungen führen kann – mit den entsprechenden Folgen für die Ernteerträge. Die extreme Trockenheit in vielen Weltregionen hat bereits dazu geführt, dass Waldbrände von Jahr zu Jahr größere Flächen verschlingen.

Langfristig dürfte zudem der sich abschwächende Golfstrom, Teil der atlantischen Umwälzzirkulation („Atlantic meridional overturning circulation“, Amoc), einen der stärksten klimatischen Krisenfaktoren in Europa und Nordamerika bilden. Wissenschaftliche Studien haben die alte Regel der Klimawissenschaft bestätigt, wonach die pessimistischsten Prognosen der Realität zumeist am nächsten kommen. Der Golfstrom bringt warmes karibisches Wasser in den Nordatlantik, wo es langsam absinkt und einem Fließband gleich zurück zum Süden strömt, was Europa sein relativ mildes Klima – im Vergleich zum selben Breitengrad etwa in Sibirien – verschafft. Das Abschmelzen des Grönländischen Eisschildes droht diese ohnehin bereits schwächer werdende Zirkulation, die unter anderem auf Dichteunterschieden von Salz- und Süßwasser beruht, durch Süßwasserzufuhr abzuschwächen, Studien zufolge möglicherweise bereits zum Ende des Jahrhunderts. Allerdings sind solche Prognosen mit großer Unsicherheit behaftet. Die Folgen wären starke klimatische Umbrüche wie Temperaturfall und Versteppung – gerade in Westeuropa –, an die sich das marode spätkapitalistische Agrarsystem kaum anpassen könnte.

Kapital in seinem grenzenlosen Verwertungszwang ist nicht nur die Ursache der Klimakrise, wie es an den nahezu parallel zum globalen Wirtschaftswachstum ansteigenden CO₂-Emissionen evident wird. Die Steigerung der Produktivität der agrarischen Kapitalmaschine führt nicht etwa zur Schonung der verbliebenen agrarischen Böden und Ressourcen, sondern zum Aufbau eines nicht nur ökologisch ruinösen, sondern auch gesundheitsschädlichen Agrarsystems, das beispielsweise auf die gewaltige Steigerung der Maiserträge mit der Erfindung und Verbreitung von „high fructose corn syrup“ reagierte, einem Zuckerkonzentrat, das den gewöhnlichen Zucker in Teilen der Lebensmittelproduktion verdrängt hat und das für die Übergewichtsepidemie in den USA mitverantwortlich gemacht wird.

Die Ausrichtung der Nahrungsherstellung auf den irrationalen Selbstzweck höchstmöglicher Renditen lässt den Agrarsektor immer instabiler und krisenanfälliger werden: Monokulturen, Auslaugung der Böden, geringe genetische Vielfalt der Nutztierpopulation und weitgehende Ausrottung der Insektenpopulation in vielen intensiv bewirtschafteten Agrarregionen sind die Folgen.

Die Klimakrise ist in doppelter Hinsicht eine kapitalistische Klimakrise: Das Kapital ist die Ursache, und es verschlimmert die sozialen Folgen seiner ökologischen Krise. All diese Faktoren erhöhen die Krisenanfälligkeit des Systems, was eigentlich ein rasches Umsteuern notwendig macht. Auch die Financial Times sprach sich zuletzt für eine Kehrtwende hin zu ei-

ner nachhaltigen Landwirtschaft aus, bei der Monokulturen durch Fruchtfolgen ersetzt würden. Gesteigerter Einsatz von natürlichem Dünger wäre dafür ebenso nötig wie die Priorisierung der Bodengesundheit vor kurzfristigen Ertragssteigerungen. Notwendig wäre außerdem ein weitgehender Schuldenerlass für alle Länder der Peripherie, die von der kommenden Nahrungskrise besonders hart betroffen sein werden.

Wie wahrscheinlich ein solch reformistisches Umsteuern in einem Endzeitkapitalismus ist, der auf seine manifeste Krise mit einer verstärkten Flucht in den fossilen Wachstums-wahn reagiert, machte 2020 die jüngste große Agrarreform der EU deutlich, die trotz einiger marginaler ökologischer Zugeständnisse an den Grundlagen der bisherigen Landwirtschaft festhielt: Gerade mal 25 Prozent der EU-Agrarsubventionen wurden an die Teilnahme der Betreiber an Klimamaßnahmen geknüpft, wobei den Mitgliedstaaten weitgehend freie Hand darüber gelassen wurde, was sie unter „Klimaprogrammen“ verstehen. Das ist wohl weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein: Nach Angaben des deutschen Bundesumweltamts gingen die Emissionen in der Landwirtschaft der EU langsamer zurück (minus 25 Prozent zwischen 1990 und 2023) als im gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt (minus 36 Prozent im selben Zeitraum). Global steigen die CO₂-Emissionen weiterhin.

Tomasz Konicz arbeitet als freier Journalist mit Schwerpunkt Osteuropa.



FOTO: EPA/CRISTOBAL HERRERA-JUASHKEVICH